

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	8/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	26.07.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 21:30 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<p><u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Weber, Stadträte Katzenstein (ab 20:15), Konrad und Schmitz</p> <p><u>FW</u> Stadträte Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert</p> <p><u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer und Wagner</p> <p><u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf</p> <p><u>Linke</u> Stadtrat La Licata</p> <p><u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch</p>
weiter anwesend:	von der Feuerwehr: Herr Dirk Daub, Frau Christina Braun, Herr Buchwald
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Dr. Welter und Streib, Stadtrat Schendzielorz
Urkundspersonen:	Stadträtin Groesser und Stadtrat Fritsch
Sachvortrag:	Herr Malon Weiher (TOP 8)
Schriftführerin:	Frau Thiele

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann 2 Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils 3 Minuten Redezeit.

Ein Neckargemünder Bürger, führt aus, er habe in der Rhein-Neckar-Zeitung die erfreuliche Mitteilung gelesen, dass mit dem Breitbandausbau/Glasfaserausbau gestartet werde. Danach habe er schon 2018 gefragt. Damals sei ihm in Aussicht gestellt worden, dass das Projekt bis 2024 gelingen werde. Nun möchte er wissen, was geschehen sei und warum sich vier Jahre nichts getan habe.

Der Bürgermeister antwortet, man habe viel getan. Problematisch sei die Förderkulisse gewesen, nachdem weite Teile des Kernstadtgebiets bisher schon ausreichend versorgt seien. Jetzt, mit der Änderung der Bedingungen auf 100 Mbit, habe sich die Situation geändert. Auch werde für Neckargemünd ein flächendeckender Ausbau nicht voll gefördert, was zu einem erheblichen Eigenanteil für die Stadt führe, wobei das Gebiet zusätzlich auf einen Schlag auszubauen sei. Seit den Änderungen im Januar sei man mit verschiedenen Unternehmen im intensivem Kontakt. In der letzten Sitzung sei der Beschluss gefasst worden, mit NetCom BW in Verhandlung zu gehen, das 98,5% in 2024 ausbauen werde. Für die Stadt bleibe ein Aufwand von 3 Mio. €, wovon 80% gefördert würden. Man habe damit ein 2-Phasen-Konzept, bei dem sich fibernet.rn für den weiteren Ausbau anschließen könne. Jetzt sei man in letzter Abstimmung mit der NetCom BW. Der Vertrag soll in 6 bis 8 Wochen fertig sein. Danach starte die Vorvermarktung, und sobald 40% zusammen seien, beginne die Ausbauplanung. Es werde voraussichtlich noch zwei Jahre dauern, bis Neckargemünd mit Glasfaser versorgt sei.

Der Bürger kritisiert die Dauer von 6 bis 7 Jahren für ein Projekt. In anderen Gemeinden gehe es schneller.

Der Bürgermeister verweist auf die Berichterstattung zu anderen Unternehmen, mit denen umliegende Kommunen zusammengearbeitet haben. Insbesondere mit BBV gebe es Probleme.

Der Bürger spricht den Haushalt an, worin ein Defizit von 3,6 Mio € enthalten sei. Eine absolute Überschuldung aus seiner Sicht. Er fragt, ob es einen Sanierungsplan gebe, um den Schuldenberg zu reduzieren.

Der Bürgermeister antwortet, seit er im Amt sei, habe man die Schulden von 10 Mio. deutlich reduziert. Die Umstellung in den letzten 6 Jahren von der Kameralistik auf das neue kommunale Haushaltswesen habe einen anderen Blick auf die bestehende Verschuldung eröffnet. Nach dem neuen System müsse man auch die Abschreibungen erwirtschaften. Das Defizit ergebe sich beispielsweise unter anderem mit 1 Mio. € aus Schulen, 1 Mio. € für Kindergärten. Neckargemünd leiste sich ein Freibad, fünf Sporthallen, viermal Feuerwehr. Diese Infrastruktur habe er nicht aufgebaut, sie sei bereits vorhanden gewesen, denn in Neckargemünd gebe es mit den Ortsteilen andere Voraussetzungen als in anderen Gemeinden. Mit dem Bereithalten von Infrastruktur in den Ortsteilen werde ein klares Lebenszeichen für die Ortsteile gesendet. Die Verwaltung sei dran, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die wesentlich zur Verbesserung der Haushaltsstruktur beitragen. 2 Mio. € habe man schon erreicht. Das Defizit sei insgesamt unbefriedigend, aber es treffe viele Kommunen

in ähnlicher Weise. In Baden-Württemberg könnten 2/3 der Gemeinden ihren Haushalt nicht ausgleichen. Die Stadt arbeite in der Haushaltsstrukturkommission an weiteren Verbesserungen. 5,8 Mio. Verbindlichkeiten bedeuten keine Überschuldung, die Stadt könne auch bedeutende Vermögenswerte gegenüberstellen.

Ein anderer Neckargemünder Bürger, fragt nach den Kosten des vor 4 Jahren erstellten Radverkehrskonzepts und der Abstimmung mit dem Rhein-Neckar-Kreis.

Der Bürgermeister antwortet, die Kosten müsse er erfragen und das Konzept liege auch dem Rhein-Neckar-Kreis vor. Man habe mit der Erstellung des Konzepts das gleiche Büro wie der Rhein-Neckar-Kreis beauftragt, und nun seien bereits knapp 50% umgesetzt.

Der Bürger kritisiert, dass es an der Umsetzung hapere, insbesondere durch den Wegfall von Parkplätzen. Seit Monaten höre er, man könne dem Rhein-Neckar-Kreis nicht so viel Druck machen. Es fehle wohl am politischen Willen, als Gemeinde mal Druck zu machen. In anderen Gemeinden würden ganze Straßen für Radfahrer platt gemacht. Neckargemünd könnte da mehr machen, auch wenn die Straße dem Rhein-Neckar-Kreis gehöre, können man Gehwege markieren. Zum Beispiel mit Bischofsmützen.

Der Bürgermeister erklärt, überall wo Verkehr hingeleitet werde, brauche es eine Anordnung vom Rhein-Neckar-Kreis. Selbst bei Bischofsmützen bedürfe es der Genehmigung. Er frage regelmäßig nach und die Kritik von seitens des Rhein-Neckar-Kreis sei noch immer, dass sich die Umlaufzeiten des ÖPNV deutlich verlängern würden, insbesondere bei der Linie 35. Man brauche da weitere Busse für die gleiche Taktung.

Der Bürger bezeichnet das als lächerlich und verweist auf Heidelberg, wo es möglich sei.

Der Bürgermeister sagt, die Berechnung komme vom Rhein-Neckar-Kreis. Heidelberg sei selbst Baurechts- und Verkehrsbehörde und könne dadurch selbst entscheiden. Die Stadt Neckargemünd sei keine Verkehrsbehörde und damit auf den Rhein-Neckar-Kreis angewiesen. Zum Teil müssen Busse an der Haltestelle warten, da ausreichend Puffer vorhanden sei.

Der Bürger möchte wissen, ob bei Tempo 30 km/h in Wiesenbach der Bus angepasst werde.

Der Bürgermeister antwortet, der Bus sei angepasst worden. Der Rhein-Neckar-Kreis passe die Taktung an S-Bahn an. Der Rhein-Neckar-Kreis habe weiterhin am 4.7.2022 das Verkehrsplanungsbüro Koehler und Leutwein mit der Planung für Bahnhofstraße und Wiesenbacher Straße beauftragt.

Die Betreiberin eines Reisebüros in der Altstadt berichtet, dass sie durch die Schließung des Parkhauses Pflughof öfter durch die Altstadt komme und bei den Dauerbaustellen Friedrichsburg und Hauptstraße 14 keinen Fortschritt sehe. Es werde nichts gebaut und beide Objekte seien keine Zier für die Altstadt. Da es bei diesen zwei Objekten Förderung der Stadt gebe, fragt sie, ob man darüber Druck ausüben könne.

Der Bürgermeister antwortet, es gebe einen Umsetzungszeitraum. Wenn dieser verstrichen sei, gebe es kein Geld. Man sei am Mahnen gegenüber den Bauherren, sei aber eben von diesen abhängig. Druck sei da. Die Laufzeit belaufe sich auf vier oder fünf Jahre und könne nur mit Zustimmung verlängert werden.

Die Bürgerin möchte weiterhin klarstellen, dass sie keinen Privatkrieg gegen Herrn Rukiqi führe. Sie sei immer sachlich, fair und konstruktiv. Die Fotomontage habe sie weder initiiert noch veröffentlicht, sei dafür aber beleidigt worden. Besonders schlimm sei für sie, dass ihr verstorbener Vater auch diskreditiert würde.

Ein Neckargemünder Bürger, fragt nach dem Sachstand der Altstadtsatzung hinsichtlich Photovoltaik.

Der Bürgermeister antwortet, der nächste Sitzungstermin für die Altstadtkommission sei im September angesetzt und darin solle es auch um Photovoltaik gehen. Im Oktober oder November könne der Beschluss im Gemeinderat erfolgen.

19:25 ist die Bürgerfragestunde zu Ende.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 07/2022 vom 28.06.2022**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad bittet darum, den Antrag der Fraktion als Anhang hochzuladen.

Stadträtin Schlüchtermann kritisiert die fehlende Begrüßung von Stadtrat Schmitz.

Weiterhin gehe es bei TOP 11.6 nicht nur um die Wiesenbacher-, sondern auch um die Bahnhofstraße.

Stadträtin von Reumont macht auf einen Fehler auf Seite 8 aufmerksam: statt Datenrate müsse es Datenübertragungsrate heißen. Die Änderung der vorgetragenen Korrekturen wird von der Verwaltung zugesagt.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 07/2022 vom 28.06.2022 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Stelle „Klimaschutzmanager (m/w/d)“ im Fachbereich 1 zum nächstmöglichen Termin mit Frau Eva Landmesser zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt in Entgeltgruppe 10 TVöD.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellenausschreibung für einen Architekten oder Hochbautechniker (m/w/d) mit Entgeltgruppe 11 TVöD und Einstellungstermin im September bzw. Oktober vorzubereiten und auszuschreiben.

3: **Projekt „FREIRÄUME“ Vorstellung des Umsetzungskonzepts**

3.1: **Sachvortrag:**

Der TOP wurde bereits vor Beginn der Sitzung vom Bürgermeister von der Tagesordnung genommen, da sich das Konzept noch im Überarbeitungsprozess befindet.

Der folgende TOP wird vorgezogen behandelt:

11: **Zustimmung des Gemeinderates zur Wahl des 1. Stellv. Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abt. Stadt**

11.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Sicherheit, Ordnung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

11.2: **Beratung:**

Es gibt keine Wortmeldungen.

11.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Wahl von Herrn Dirk Daub zum 1. Stellv. Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abteilung Stadt zu.

4: **Sachstandsbericht Jugendbeteiligung (mündl. Bericht)**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 Öffentlichkeitsarbeit, Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Vollmer berichtet über die Entwicklung der Projekte, die sich im Anschluss an das letztjährige Jugendforum entwickelt haben, sowie das Jugendforum am 9. Juli im Schulzentrum mit 35 Teilnehmenden.

4.2: **Beratung:**

Frau Weber bedankt sich für die Fraktion für den Bericht, die Koordination des Jugendforums und die großartige Arbeit vor Ort. Es sei ein Traum, dass die Jugend ihren Platz findet. Zum Skaterpark fragt sie, wo dieser entstehen könne.

Frau Vollmer antwortet, es sei intern angesprochen worden, letztendlich gehöre dies jedoch zum zentralen Workshop-Punkt der Firma Landskate GmbH und werde im Workshop besprochen. Es gebe verschiedene Optionen dafür.

Stadtrat Rehberger bedankt sich im Namen der Fraktion für das Engagement. Man finde es toll, dass die Sache angegriffen wurde und von jeder Fraktion Vertreter dabei seien. Es sei ganz wichtig, dass die Jugendlichen Erfolgserlebnisse haben, denn wenn nichts rumkomme, wäre die Euphorie schnell vorbei. Das müsse im Gemeinderat unterstützt werden. Er fragt, ob die Kinder und Jugendlichen immer die gleichen seien oder es wechselt.

Frau Vollmer erläutert, es sei komplett verschieden. Die drei Jugendliche der Projektgruppe „Chancengleichheit und Barrierefreiheit“ seien schon lange dabei. Bei der Projektgruppe Umweltschutz seien nun sehr junge Leute dabei, die Gruppe „Skaterpark“ habe einen festen Kern. Im diesjährigen Jugendforum seien auch neue Kinder dabei gewesen. Einige wollen länger bleiben, andere haben nur ein oder zwei Projekte, die sie verwirklichen wollen. Man verliere auch viele Jugendliche, da die Schule viel Zeit fordere.

Stadträtin Striegel bedankt sich ebenfalls im Namen ihrer Fraktion. Es sei toll zu sehen, wie ernst die Pläne der Jugendlichen genommen werden, und immer sehr spannend, wie es auch umgesetzt werde. Sie fragt, ob man das Jugendforum auch einmal in die Ortsteile verlegen könne. Für viele dortige Familien sei es schwierig, Kinder zu bringen und abzuholen. Ein Jugendforum in den Ortsteilen mache es für Familien einfacher.

Frau Vollmer hält das für eine schöne Idee, über deren Umsetzung man grundsätzlich nachdenken könne.

Der Bürgermeister ergänzt, man müsse auch sehen, dass sieben bis acht Mitarbeitende der Stadt dabei sind und es schnell eng mit den Ressourcen werden könne. Weiterhin hänge es davon ab, ob Kinder aus den entsprechenden Ortsteilen teilnehmen.

Stadträtin Striegel schlägt vor, die Ortschafträte einzubinden.

Stadtrat Bernauer bedankt sich ebenso im Namen der CDU für das Jugendforum. Es sei sehr spannend, über welche Themen sich die Jugendlichen Gedanken machen. Er regt an, die Jugendlichen auch mal in Gemeinderat zur Vorstellung einzuladen.

Frau Vollmer sagt, nach der erfolgreichen Durchführung wollten die Jugendlichen das machen.

Stadtrat Fritsch empfindet es schön, dies anzukurbeln. Er regt an, wie in Mauer, Erdhügel für die Jugendlichen als BMX-Parcours zu bauen. Man könne das auch in Kleingemünd kostengünstig machen.

Der Bürgermeister entgegnet, vordringlich sollten die Themen der Jugendlichen aufgegriffen werden. Das Jugendforum diene dazu, dass die Jugendlichen ihre Themen präsentieren. Wenn die Jugendlichen mit dieser Idee kämen, könne man das unterstützen. Nicht die erwachsenen Gemeinderätinnen und -räte seien hier gefragt. Stadtrat Bergsträsser bezieht sich auf Stadtrat Fritschs Aussage, dass ein BMX-Parcours kostengünstig sei. Dies sei in Mauer nur der Fall gewesen, da ein Mitarbeiter vom Landschaftsbau ausgeholfen habe. Die Anlage wurde ehrenamtlich mit den Jugendlichen gebaut.

Frau Vollmer ergänzt, sie würden beim Jugendforum von vielen Ideen überschwemmt, was alles gemacht werden könnte. Die eben Vorgestellten seien Projekte, an denen nun aktiv gearbeitet werde.

Stadträtin von Reumont betont, zwischen BMX-Parcours und Skateranlage sei ein himmelweiter Unterschied und Jugendliche wünschten sich eben den Skaterpark.

Stadträtin Linier fragt, wie viele Jugendliche angeschrieben wurden.

Frau Vollmer antwortet, dass alle Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren, insgesamt 1422, angeschrieben worden seien.

#

Stadträtin Schlüchtermann fragt, ob neben Interesse an einzelnen Projekten auch politische Ambitionen bestünden.

Frau Vollmer verneint dies. Lediglich zwei Jugendliche interessierten sich gegenwärtig für einen Jugendgemeinderat. Die meisten seien mit dem aktuellen Stand sehr glücklich. Mit festem Gremium werde es dem Großteil zu viel. Ein Jugendgemeinderat sei eher abschreckend.

Stadtrat La Licata bedankt sich auch für das Jugendforum. Er merkt an, dass nicht nur Vertreter der Fraktionen, sondern auch er da war. Er sei positiv überrascht über die tolle Arbeit von Verwaltung und den Jugendlichen.

Der Bürgermeister betont, die Kinder und Jugendlichen sollten in ihren Themen arbeiten, Personen aus dem Gremium sollten zurückhaltend sein. Man sei gespannt was noch komme.

Frau Vollmer berichtet, in Dilsberg habe man 203 Jugendliche, in Kleingemünd 290, in Mückenloch 100 und in Waldhilsbach ebenso ca. 100 Jugendliche angeschrieben.

Frau Polte ergänzt, Jugendliche würden zu städtischen Veranstaltungen wie Festakte mit Partnerstädten und dem Fußverkehrscheck eingeladen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung, insbesondere der aus dem Jugendforum 2021 hervorgegangenen Projektgruppen sowie Ablauf und Ergebnisse des Jugendforum 2022 zur Kenntnis.

5: **Änderung der Entgeltordnung für die Angebote der außerschulischen Betreuung – Beschluss über die neuen Entgeltsätze zum Schuljahr 2022/2023**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Vor Eintritt in die Sachdiskussion stellt Stadtrat Bergsträsser den Geschäftsordnungsantrag, dass für TOP 5,6 und 7 ohne weitere Beratung abgestimmt wird. Es gebe aus seiner Sicht nichts zu diskutieren, die Argumente seien bekannt und man könne so abstimmen.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit 16 Ja- und 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, über die TOP 5, 6 und 7 ohne Aussprache abzustimmen.

Stadträtin Groesser bestätigt, dass Argumente bekannt seien, sie aber dennoch etwas zum Thema Ganztagschule sagen möchte.

Der Bürgermeister verweist auf TOP 12, bei dem Stadträtin Groesser sich dazu äußern könne.

5.2: **Beratung:**

-

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt mehrheitlich die neuen Entgeltsätze gemäß der in der Vorlage von der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative, d. h. pauschale Erhöhung um 10%.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner, den beiliegenden Entwurf der Entgeltordnung für die außerschulische Betreuung zum 01.09.2022 anzuwenden.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd spricht sich darüber hinaus für die Anwendung der Entgeltstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ aus.

Die Ferienbetreuung in den Sommerferien 2022 soll entgegen der neuen Entgeltordnung noch komplett nach den alten Entgeltsätzen abgerechnet werden. Diese Beschlüsse werden mit 16 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gefasst.

6: **Änderung der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen**
– Beschluss über die neuen Gebührensätze zum Kindergartenjahr 2022/2023

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

6.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser fragt, ob hinsichtlich Energiesparen und Umweltschutz alle Unterlagen vom Hauptausschuss auch für Gemeinderatssitzungen ausgedruckt werden müssen?

Der Bürgermeister bestätigt dies. Mit dem geplanten Ratsinformationssystem werde es dann entfallen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt die neuen Gebührensätze gemäß der in der Vorlage von der Verwaltung empfohlenen Alternative: In der Ganztags- und verlängerten Ganztagsbetreuung im Ü3-Bereich ist nur die von den Kirchen und kommunalen Landesverbänden empfohlene Erhöhung um 3,9 % vorzunehmen. Alle Gebührensätze im Bereich der Verlängerten Öffnungszeit, sowohl im U3-wie auch im Ü3-Bereich, sind pauschal um 10 % zu erhöhen.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt ferner, den beiliegenden Entwurf der Gebührensatzung für Kinderbetreuungseinrichtungen zum 01.09.2022 anzuwenden.

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd spricht sich darüber hinaus für die Anwendung der Gebührenstaffelung nach dem „Neckargemünder Modell“ aus.

Diese Beschlüsse werden jeweils mit 16 Ja- und 7 Nein-Stimmen getroffen.

7: **Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2022/2023**

7.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

7.2: **Beratung:**

-

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd nimmt die vorliegende Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2022/2023 zustimmend zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschließt ferner die Aufnahme der in der beiliegenden Berechnung aufgeführten Einrichtungen in die kommunale Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2022/2023.

Diese Beschlüsse werden einstimmig mit 4 Enthaltungen gefasst.

8: **Ausbau der Schulsozialarbeit**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Weiher berichtet, dies sei bereits im Hauptausschuss vorgestellt und besprochen worden. Schule und SRH hätten im März mitgeteilt, dass die Bedarfe gestiegen seien und mit der aktuellen Personalplanung nicht abgedeckt werden könnten. Daraufhin habe man sich Gedanken gemacht und schlage diese zwei Varianten vor. Der Hauptausschuss empfehle Alternative 2 mit 40.000€ Mehrkosten, aber deutlich mehr Ausstattung. Durch den höheren Umfang erziele man nun die volle Förderfähigkeit und könne die Bedarfe decken.

8.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann sagt:

„Schon seit ihrer Einführung 2012 und ihrer Aufstockung 2016 (auf Betreiben der Grünen) ist uns allen der Stellenwert von Schulsozialarbeit deutlich bewusst. Und dass der Bedarf sowohl in Zahlen als auch in der Komplexität der Erkrankung, bzw. Gefährdung unter Kindern und Jugendlichen zugenommen hat, ist ebenfalls allgemein bekannt. Nach dem Bericht der Schulsozialarbeit in der GR-Sitzung vom März 2022 haben sich alle Fraktionen für die Ausweitung der Schulsozialarbeit ausgesprochen, was wir nun mit der Zustimmung zum Vorschlag der Stadtverwaltung auch festzurren können. Der seelische Zustand vieler junger Menschen führt zu Problemen im schulischen Bereich, die eigentlich nicht nötig wären, im Sozialverhalten und im Missbrauch sozialer Netzwerke. Jugendliche, die z.B. heute 14 bis 19 Jahre alt sind,

haben in den vergangenen 5 Jahren eine Anhäufung, eine Überlagerung von Krisen zu verarbeiten:

- *Die Klimakrise hat sie auf die Straße getrieben, weil sie Angst um die Zukunft ihres Planeten haben und die Politik nicht zuhörte,*
- *die Coronakrise hat sie in die Einsamkeit getrieben, weil sie aufgerufen wurden, ältere und vulnerable Gesellschaftsgruppen zu schützen,*
- *die Ukraine Krise schürt nun die Angst vor einem erneuten Wettrüsten,*
- *vor der Tür steht die Energiekrise, und als Folge eine Wirtschaftskrise ... (hinzuzufügen wären noch Artensterben, Hungerkatastrophe, Flüchtlingskrise)*

Man muss sich das noch einmal vor Augen führen: Jugendliche heute stehen vor einer Zukunft mit immer mehr Extremwetterkatastrophen, Dürren, Überflutungen, vor immer neuen und schier unaufhaltsamen Pandemien, vor Kriegen direkt vor ihrer Haustür. Und bei einer großen Zahl von Kindern sieht es im eigenen Umfeld, zu Hause genauso aus: Niemand hört ihnen zu! Seelische Probleme werden nicht ernst genommen! Konflikte werden mit Gewalt gelöst!

Die Jugendlichen in Deutschland gaben in einer Umfrage in diesem Jahr an,

- *auf der einen Seite unter Dauerstress zu stehen (45%),*
- *auf der anderen unter Antriebslosigkeit (35%)*
- *und Erschöpfung (32%).*

Sie haben auf der einen Seite kaum Zeit, um Luft zu holen (auch unter Studenten ist dies zu hören), auf der anderen Seite lässt sie die fehlende Sicherheit in ihrem Leben, häufig allein und depressiv zurück. 17% aller Jugendlichen gaben an, schon jetzt psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Professionelle Hilfe zu finden ist schwierig, weil Termine in sozialen Anlaufstellen über Monate ausgebucht sind. Die familiären Umfeldler haben in der Coronazeit stark gelitten, Verunsicherung und wirtschaftliche Not steigen – Eltern sind häufig überfordert, ihren Kindern zu helfen.

Darum: Jetzt unseren Kindern alle erdenkliche Hilfe schon in der Grundschule ermöglichen, und die Hilfe für Jugendliche an weiterführenden Schulen ausweiten, um ihnen zu helfen ihr inneres Gleichgewicht wiederherzustellen, Konfliktlösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, Orientierung zu geben – das muss unser aller großes Bestreben sein!

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmt der Aufstockung (hier Vorschlag 2) mit Freude zu.“

Stadtrat Rehberger sagt, nachdem in der Sitzung im März berichtet worden sei, dass die Schulsozialarbeit ihre Kapazitäten erreicht habe, seien auch die Freien Wähler für Vorschlag 2.

Stadtrat Bernauer erklärt, dass sich auch die CDU für Vorschlag 2 ausspreche, nachdem allein der Gemeinderatsitzung erfahren haben, dass es mit dem vorhandenen Personal fast unmöglich sei, alles abzudecken.

Frau Striegel spricht für die Fraktion. Es handle sich um ein sehr wichtiges Angebot an den Schulen. Der Stellenumfang müsse angepasst werden, da die Unterstützung für Kinder und Jugendliche sehr wichtig sei. Statt einer Erhöhung des Stundensatzes sollten es lieber vier Stellen werden. Der Erhöhung solle nicht zu Lasten der jetzigen Mitarbeitenden gehen.

Herr Weiher informiert, es würden auch neue Stellen geschaffen. Die SRH habe schon eine neue Stelle zugesagt.

Laut dem Bürgermeister seien auch die Förderanträge schon gestellt, um schnellstmöglich aufzustocken.

Stadtrat La Licata hätte sich das Angebot zu seiner Schulzeit gewünscht, Die Lage der Jugendlichen sei schlimmer als er es erlebt habe. Der Brief der SRH habe es sehr deutlich gemacht und er werde Alternative 2 selbstverständlich zustimmen.

Stadtrat Fritsch empfinde es als eine sehr schöne Sache. Man müsse Schulen, Vereine und Eltern immer mehr unterstützen. Es sei schön, dass man angefangen habe und es immer weiter ausbaue, denn dies sei jeden Cent wert.

Der Bürgermeister merkt an, auch wenn Stadträtin Schlüchtermann die Schulsozialarbeit als von den Grünen initiiert darstelle, sei die Einrichtung nicht allein deren Verdienst. Auch er habe dieses wichtige Angebot aufgenommen und vorangetrieben. Der Ausbau der Schulsozialarbeit werde nicht nur von Schülerinnen und Schülern, sondern wird auch von Lehrkräften und Eltern angefordert. Er sei froh über die positive Aussprache. Aktuell sei Alternative 2 günstiger, dies könne sich aber auch drehen. Neues Personal werde tatsächlich rekrutiert und solle nach den Sommerferien direkt in die Arbeit einsteigen. Für den Bürgermeister sei dies ein tolles Zeichen an die Schule, dass man sie unterstütze. Er dankt Herrn Weiher für die Arbeit der letzten 2,5 Jahre, insbesondere mit Blick auf Corona.

Stadtrat Schmitz trägt folgende persönliche Erklärung zu TOP 5 bis 7 vor:

„Durch eine Verabschiedung diverser TOP ohne Aussprache mit der Begründung, „die Argumente sind bekannt“, sehe ich mich in der Ausübung meines Mandats behindert. Ich kann nachvollziehen, dass man keine ausufernde Debatte möchte, aber es hätte die Möglichkeit geben müssen, das Abstimmungsverhalten zu begründen, um Fehlinterpretationen in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Im Übrigen finde ich es ein Armutszeugnis, das man es offenbar mehrheitlich nicht mehr für möglich hält, in einem offenen Diskurs auch vorgefasste Meinungen zu verändern.“

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig, den Ausbau der Schulsozialarbeit gemäß der Alternative 2 vorzunehmen und entsprechend zu finanzieren.

Es ergeht der Auftrag an die Verwaltung, einen entsprechenden Änderungsvertrag zum bestehenden Dienstleistungsvertrag mit der SRH Schulen GmbH abzuschließen.

9: **Sanierung des Böschungsfußes der bestehenden Schwergewichtsmauer im Bereich**

Neckar-km 34,360 bis 34,485 am linken Ufer (Neckarlauer) – Vergabe der Bauleistungen

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister erläutert, durch Unterspülungen im Neckarlauer bestünde die Gefahr, dass die Böschung einbreche. Man habe den Neckarlauer zunächst provisorisch mit Steinen geschützt, die Sanierung müsse dringend gemacht werden. Es sei gelungen, unter der Kostenschätzung zu bleiben. Das Angebot habe man ausführlich prüfen lassen und es sei auskömmlich.

9.2: **Beratung:**

Stadtrat Konrad macht ein Kompliment an die Kostenschätzung, die gut passe. Der Neckarlauer sei wichtig, auch touristisch. Weiterhin fragt er, was mit den Steinen im hinteren Bereich bei der Eisenbahnbrücke geschehe.

Der Bürgermeister antwortet, diese Stelle betreffe es aktuell nicht, werde aber kommen, denn dort gebe es auch Unterspülungen. Man habe wegen der Kosten geprüft, ob der Eigentumsübergang des Neckarlauers an die Stadt im Jahr 1931 rechtlich anfechtbar sei – dies sei nicht der Fall – und ob man die Eigentümer größerer Schiffe zur Kasse bitten könne – auch dieses scheide aus.

Stadtrat Katzenstein und Stadträtin von Reumont weisen auf Textfehler und verwirrende Bauzeitangaben in der Vorlage hin.

Stadtrat Fritsch fragt, ob die Stadt Gebühren für das Anlegen nehme, da nicht nur die Weiße Flotte anlege sondern auch andere.

Der Bürgermeister berichtet, man nehme eine Gebühr von größeren Schiffen.

Stadtrat Rothe fragt nach Erkenntnissen hinsichtlich weiterer Unterspülungen und ob über oder Unterwasser gearbeitet werde.

Der Bürgermeister antwortet, es würde Unterwasserbeton, der im Wasser bindet, eingebaut. Auch an den Einbau von Erdankern sei gedacht. Es werde mehrere Bauabschnitte geben. Das Ingenieurbüro sei zuverlässig. Wegen technischer Detailfragen müsse man sich an Herrn Reess wenden.

Stadtrat Scholl fragt, ob bei einem Unterschied von ca. 6.000 € ein Firmenvergleich vorliege. Die Firma Hülskens Wasserbau GmbH & Co. KG arbeite an der alten Brücke in Heidelberg. Wisse man, ob die Firma Herbert Lülldorf Schifffahrt – Uferbefestigungen GmbH irgendwo in der Nähe schon etwas gemacht habe?

Laut Bürgermeister habe man bei der Submission keine Nachverhandlungen zugesagt. Das Ingenieurbüro habe Angebote und Firmen geprüft und diese Empfehlung gegeben. Man habe es daher zur Entscheidung aufgesetzt. Bei tiefergehenden Fragen müsse vertagt werden.

Stadtrat Katzenstein bestätigt, man käme vergaberechtlich in Teufels Küche, wolle man mit einzelnen anderen verhandeln, da die Stadt kein privater Bauherr sei.

Stadtrat Konrad hat sich Gedanken gemacht, ob die Unterlagen vollständig genug für eine Entscheidung seien. Da es sich aber um Wasserbau handle, werde man jedoch mit mehr Unterlagen nicht wirklich schlauer.

Stadtrat Wachert fragt nach entsprechenden Versicherungen der Firmen. Dies solle geprüft werden, um Probleme wie beim Schwimmbad zu vermeiden. Der terrassierte Zugang zum Neckarlauer, der vor einiger Zeit überlegt worden sei, sei sehr schön gewesen und werde vermisst.

Der Bürgermeister sagt zu, er werde wegen der Versicherung nachfragen. Die Steine könnten für die Unterfütterung verwendet werden. Die Weiterverwendung dieser sein damals berücksichtigt worden. Er lasse prüfen, wie ein terrassenartiger Zugang umsetzbar sei.

Stadtrat Fritsch stimmt dem zu. Er habe selbst beobachtet, dass Fachleute da gewesen seien, auch Taucher. Die Fachleute seien informiert und man müsse das dringend machen. Der Winter komme und eventuell auch Hochwasser.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, der annehmbarsten Bieterin, der Firma Herbert Lülsdorf Schiffahrt – Uferbefestigungen GmbH, Niederkassel/Mondorf, den Zuschlag zum geprüften Angebotspreis in Höhe von **210.618,16 EUR** zu erteilen.

10: **Sanierung Waschplatz Bauhof – Koaleszenzabscheider: Vergabe der Bauleistungen**

10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister fasst die Baumaßnahme zusammen: für den Bauhof werde dringend ein Koaleszenzabscheider gebraucht. 113.000 € seien eingeplant und bei der Firma Emil Eckert GmbH handle es sich um ein bekanntes Unternehmen.

10.2: **Beratung:**

Laut Stadtrat Schmitz sei das eine Maßnahme für den Umweltschutz, die man dringend realisieren müsse. Allerdings sei zu bedenken, dass man damit auf dem Gelände etwas fest einbaue, das man dann auch wieder ausbauen können müsse, sofern auf dem Gelände etwas Anderes passiert. Langfristig habe man ja schon andere Pläne für das Areal. Es sei Investition, die schon wehtue, für den Fall, wenn in zwei bis drei Jahren dort etwas Anderes entstehen solle.

Der Bürgermeister erklärt, der Koaleszenzabscheider könne nicht ausgebaut werden. Mache man es nun nicht, müsse der Bauhof zumachen. Die Gefahr von Ölverschmutzung sei zu hoch.

Stadtrat Fritsch habe die selben Gedanken wie Stadtrat Schmitz. Außerdem werde, doch kaum was im Bauhof gemacht.

Der Bürgermeister widerspricht. Der Bauhof würde immer mehr wieder selbst machen statt fremdvergeben. Entsprechende Lehrgänge, wie Schweißer-Lehrgänge und weitere, würden gemacht. Ziel sei es, Mitarbeitende zu qualifizieren, um mehr

selbst zu machen. Man habe KFZ-Mechaniker im Team und Betriebsstoffe würden selbst gewechselt.

Stadtrat Bergsträsser sagt, die Maßnahme sei alternativlos, Man werde die Amortisationszeit erreichen, bevor am Bauhof etwas passiere.

10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 2 Enthaltungen, der Firma Emil Eckert GmbH, den Zuschlag zum geprüften Angebotspreis in Höhe von **87.134,89 EUR** zu erteilen.

12: **Mitteilungen und Anfragen**

12.1 **Stadtwerke: Wasserversorgung in Neckargemünd**

Der Bürgermeister informiert über die Fragen der SPD an die Stadtwerke zur Wasserversorgung in Neckargemünd, die Stadtrat Schimpf an ihn herangetragen habe. Da Stadtrat Schimpf nicht anwesend sei, werde er Fragen und Antworten vorlesen, da es für alle und die Presse wichtig sei.

Frage 1: Wie ist der gegenwärtige Füllstand der Hochbehälter?

Laut Stadtwerken bewege sich der Füllstand der Hochbehälter im Tagesverlauf zwischen 80 und 100 %. Das seien 4.200 m³ bzw. 5.200 m³. Mit dieser Behälterkapazität könne man den Trinkwasserbedarf für ca. 2 Tage decken. Laut dem letztjährigen Benchmark von Rödl & Partner sei das der Spitzenwert in der untersuchten Vergleichsgruppe.

Frage 2: Wie ist der durchschnittliche Tagesverbrauch im Sommer?

Die Stadtwerke geben den durchschnittlichen Tagesverbrauch im Sommer inkl. Eigenverbrauch und Verlusten mit 1.950 und 2.050m³/d an.

Frage 3: Wie hoch ist der Anteil des Wassers von der Bodenseewasserversorgung?

Die Stadtwerke teilen mit, der Anteil der Bodenseewasserversorgung betrage 6 %.

Frage 4: Kann im Bedarfsfall der Bodenseewasseranteil erhöht werden?

Die Stadtwerke informieren, vertraglich vereinbart sei eine tägliche Bezugsmenge von 233 m³/d. Die mittlere Abnahmemenge liegt bei 122 m³/d. Aufgrund der verlegten Leitungsdimension sei eine theoretische Bezugsleistung von ca. 4.000 m³/d möglich. Die aktuellen technischen Liefermöglichkeiten der BWV seien zu prüfen. Aktuell sei das Kontingent der BWV ausgeschöpft. Nach Rückfrage an Herrn Barth habe er die Info erhalten, dass die BWV den Mitgliedern ein zusätzliches Kontingent von insgesamt ca. 5.200 m³/d anbieten werden. Hier sollten sich die Stadtwerke um einen Anteil bewerben.

Frage 5: Sind die Tiefbrunnen, aus denen die Stadtwerke den überwiegenden Wasseranteil beziehen, in irgendeiner Weise belastet (z.B. durch Nitrat oder Pflanzenschutzmittel)?

Den Stadtwerken sei keine Belastung der Tiefbrunnen durch Nitrat oder Pflanzenschutzmittel bekannt. Die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung würden in allen Bereichen bei weitem eingehalten.

Der Bürgermeister ergänzt, er habe mit Herr Stier von den Stadtwerken über weitere Brunnen gesprochen. Es gebe in Kleingemünd noch einen Brunnen, mit dem man eventuell das Schwimmbad versorgen könne. Dies sei auch für das Landratsamt

denkbar, da das Wasser für Becken ausreichend sei. Daher spiele man mit dem Gedanken, einen Doppelstrang mit Wasser und Fernwärme für das Schwimmbad zu bauen. Es dränge nicht, aktuell reiche das Wasser aus.

Stadtrat Wagner fragt nach der Bewässerung des Sportplatzes.

Der Bürgermeister antwortet, dass man dafür Neckarwasser verwende. Ebenso nutze die Feuerwehr für Übungszwecke Wasser aus Neckar und Elsenz.

12.2 **Umbau der Wohnung im Kindergarten Waldhilsbach für Ganztagsgruppe**

Stadträtin Linier fragt nach dem Sachstand für den Umbau im Kindergarten in Waldhilsbach. 20.000 bis 25.000 € seien in diesem Jahr in den Haushalt für den Kindergarten eingestellt, ebenso eine Planungsrate von 30.000 €, um die Wohnung im Gebäude in Gruppenräume umzuwandeln. Waldhilsbach brauche dringend eine Ganztagsgruppe. Wenn Geld eingestellt werde und wieder nichts passiere, könne das besser extern vergeben werden.

Der Bürgermeister antwortet, man habe noch keine Zeitplanung dafür. Es fehlten die Ressourcen. Er nehme das für Herrn Seidel mit. Auch eine externe Planung binde viele Ressourcen, Herr Weiher und das Immobilienmanagement seien dann genauso gefordert.

Weiterhin fragt Stadträtin Linier nach dem Sachstand zum Dach: 19.2.2020 seien Probleme mit der Dachneigung aufgefallen. Im November 2021 habe man Handlungsbedarf festgestellt und Mittel seien von Herrn Seiz eingeplant worden.

Der Bürgermeister verspricht, dazu Herrn Reess zu befragen.

Stadträtin Linier kritisiert, es passiert nichts in Waldhilsbach und diese zwei Posten würden seit 2018 immer geschoben.

Der Bürgermeister erklärt, im Moment könnten nicht alle Projekte umgesetzt werden.

12.3 **Sperrung Dilsberger Straße**

Stadtrat Rehberger kritisiert die unzureichende Beschilderung der Baustelle an der Eisenbahnbrücke. Es sei nicht frühzeitig ausgeschildert, dass man an der Eisenbahnbrücke nicht mehr links abbiegen könne. Autos würden auf der Kreuzung wenden.

Der Bürgermeister werde dies an die betreffenden Stellen weitergeben.

Stadtrat Hertel spricht die bekannte Problematik der kaputten Ampelschaltung an. Diese sei am 26. Juli 2022 ganz aus gewesen – optimalerweise sollte das eigentlich so bleiben. Der Bürgermeister teilt mit, das Problem sei schon bekannt und er habe es weitergegeben.

12.4 **Photovoltaik-Anlage in Mückenloch**

Herr Bergsträsser fragt nach dem Sachstand der Photovoltaik-Anlage in Mückenloch.

Der Bürgermeister berichtet, Herr Seidel lasse bereits einen Bebauungsplan erstellen. Die Freianlage solle so groß wie möglich werden: drei bis vier Megawatt-Peak. Man werde dies mit der KLiBA in Ausschreibung geben und rechne mit Kosten von ca. 4 Mio. €.

12.5 Ganztagskindergärten

Stadträtin Groesser sagt, dass sich die Fraktion über Ganztagskitas Gedanken mache. Zur Kita Feuertor hieß es, sie könne aus baulichen Gründen nicht bestehen bleiben. Man ging dabei von weniger Kindern aus. Das sei nun doch nicht so und daher ergebe sich die Frage, ob daher nun in dieser Kita eine Ganztagsgruppe entstehen könne.

Der Bürgermeister antwortet, die Kita Feuertor sei als Ganztagskita nicht möglich, da benötigte Ruheräume fehlten. 2008 habe es geheißen, die Kinderzahlen würden zurückgehen, und man müsse Kitas so bauen, dass sie auch als Seniorentagesstätten umgebaut werden könnten. Die Realität habe etwas Anderes ergeben. Nun brauche man große Einheiten wie im Wiesenbacher Tal, mit 80 Kindern, weil diese kostengünstiger zu betreiben seien. Bei der Kita Feuertor gehe es aus baulichen Gründen nicht, eine Ganztagsgruppe einzurichten. Für die Zukunft sei zu überlegen, welche Kita auf lange Sicht, in fünf bis zehn Jahren, zu schließen sei. Bei der Kita im Brühl laufe zum Beispiel der Vertrag 2027 aus. Daher mache man auch eine Entwicklungsplanung. Mit dem Eigentümerwechsel des Anker-Areals stehe auch bei der Kita der katholischen Kirche eine Sanierung an, bei der ein Ganztagsbereich entstehen könne. Da müsse nachgefragt werden.

12.6 Ganztagschule und außerschulische Betreuung

Stadträtin Groesser spricht als nächstes die außerschulische Betreuung an. Die Gebührenerhöhung sei sehr hart für die Eltern, auch wenn die Stadt Geld brauche. Man sehe ganz klar den Vorteil bei der Ganztagschule, da hier die Eltern nicht mehr belastet werden müssten. Es müsse dann nur das Mittagessen von den Eltern bezahlt werden.

Der Bürgermeister antwortet, das Thema Ganztagschule gehe gerade zwischen Kommune, Land und Bund hin und her. Es werde ein Fiasko geben, da nicht ausreichend Personal da sei. Herr Weiher müsse jetzt schon in die Planung gehen. Auch unser aktuelles Angebot der Ganztagsbetreuung würde reichen.

Stadträtin Groesser betont, es gehe um die Kosten für die Eltern.

Der Bürgermeister entgegnet, es könne nicht funktionieren, dass jemand tolle Ideen habe und die Kommune solle zahlen. Alternative sei, man behalte das derzeitige Angebot bei und erfülle den Rechtsanspruch über den Hort - oder Bund / Land müssten Mittel stellen, um das Ganztagsangebot zu bezahlen. Zu klären sei, wie könne man den kommenden Anspruch erfüllen und Personal für Kita finden. Dass die Ganztagschule mit Lehrern, die vom Land bezahlt würden, betrieben werde, wäre Idealzustand.

Stadtrat Bergsträsser fragt, wie viele Lehrer fehlen. Es werde immer noch über die Ferien entlassen und dann wiedereingestellt.

Der Bürgermeister nennt 5.000 fehlende Lehrkräfte. Die Entlassung zu den Sommerferien seien ein Ärgernis. Dem Grunde nach fehle Lehrpersonal.

12.7 Wasser im Schwimmbad

Stadtrat Fritsch möchte wissen, wie viel Wasser bei heißen Temperaturen verloren gehe und aufgefüllt werden müsse.

Der Bürgermeister antwortet, es seien einige m³, die am Tag nachfüllt würden. Dies sei auch ein Grund für einen eigenen Brunnen. Dann brauche man nicht mehr getestetes Wasser nehmen. Zum Baden reiche es auf jeden Fall.

12.8 **Wärmeplanung und Notfallplan Gas**

Stadtrat Schmitz erinnert an die vergangene Klimaschutzbeiratssitzung, insbesondere den Vortrag zur kommunalen Wärmeplanung. Auf dieser Sitzung wurde angesprochen, ein Konzept zur kommunalen Wärmeplanung zu erstellen und eine Förderung zu beantragen. Weiterhin möchte er über den Sachstand für den Notfallplan Gas, vom dem im Klimaschutzbeirat auch berichtet wurden sei, informiert werden.

Der Bürgermeister bestätigt, am Thema Wärmeplanung sei man dran. Es werde vom Land gefördert und Kommunen ab 5.000 Einwohner dürften das selbst machen. Daher würde man das gerne mit Wiesenbach gemeinsam in Angriff nehmen, da man im Klimaschutz schon zusammenarbeite. Ein Konvoi müsse jedoch aus drei Gemeinden bestehen. Man habe bereits Kontakt mit Lobbach aufgenommen, um die Bereitschaft zu prüfen ob Neckargemünd, Wiesenbach und Lobbach dies zusammen machen könnten. Ansonsten würde es Neckargemünd alleine machen. Es sei mit Kosten von etwa 71.000 € zu rechnen, bei einer Förderung von ca. 60.000 €. Mit der KLiBA sei man dazu schon in Kontakt. Weiteres zum Notfallplan Gas könne in der nichtöffentlichen Sitzung besprochen werden.

Stadtrat Katzenstein fragt, ob man mit KLiBA zusammenarbeiten müsse?

Der Bürgermeister erklärt, man arbeite schon mit der KLiBA zusammen. Frau Watzelt sei am Thema dran und arbeite die Sitzung der letzten Woche auf. Man erhoffe sich dabei auch wichtige Erkenntnisse für den EEA.

12.9 **Waldbegehung**

Stadträtin von Reumont trägt die gemeinsame Stellungnahme von Grüne und CDU zu der vorgeschlagenen Vorgehensweise zum Umgang mit der kritischen Initiative „Waldwende“ vor:

Gemeinsame Stellungnahme der CDU Fraktion und der Fraktion die GRÜNEN zur angekündigten Einladung zur Waldbegehung des Gemeinderats am 23.09.2022 von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr und sich anschließende öffentliche GR-Sitzung ohne „Fragen an die Verwaltung“.

Antrag von SPD und FW und Vorschlag des Bürgermeisters

„Eine Bürgerinitiative möchte gehört werden.

*Da die Kommunikation und auch der Berater der Initiative streitbar sind, macht die CDU Fraktion einen Vorschlag, wie es aus ihrer Sicht gelingen könnte, dass sich alle Parteien, gemeint sind BI, Gemeinderat, BM und Forst zuhören und miteinander in der Sache diskutieren. Damit verbunden wären 2X4 Stunden z.B. an einem Samstag und 3000,- Euro für zwei Mediator*innen, die dafür sorgen, dass dies gelingt.*

Im weiteren Verlauf gewinnt die CDU Fraktion die Fraktion der Grünen für diesen Vorschlag. Erste Anfragen bei SPD und FW perlen wortgewaltig ab.

Was dann passiert ist fast eine Grotteske. Es dauert fünf Monate bis ein Termin zwischen Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden zustande kommt und weitere zwei Monate bis eine Entscheidung gefällt wird. Begründung: Der Terminkalender des Bürgermeisters ist voll. Affront Nr 1

Affront Nr 2 folgt sogleich. Die SPD Fraktion kommt erst gar nicht zum Termin. Sie lassen sich das Setting zuschicken, wollen aber nicht darüber sprechen und haben offenbar keine Fragen. Wissen aber, dass sie da nicht mitmachen wollen.

Der Löwe der FW hingegen brüllt laut und vernehmlich, dass er und seine Fraktion da ebenfalls nicht mitmachen werden, man sei Experte und vertraue dem Forst voll und ganz.

Seltsam, darum ging es doch gar nicht! Auch CDU und GRÜNE haben großes Vertrauen in unseren Forst.

Und weiter geht es, Affront Nr 3 und Nr 4 lassen nicht auf sich warten. SPD und FW haben sieben Monate nachdem die Gesprächsidee eingebracht wurde, einen Gegenantrag und der Bürgermeister eine „gute Idee“.

*Nun soll der Gemeinderat, auf Antrag der FW und der SPD, ohne irgendeine Diskussion oder gar eines Gemeinderatsbeschlusses ab September 2 x jährlich in den Wald. Im Anschluss an die Begehung sollen die Stadträt*innen dann diskutieren. Worüber denn? fragen wir uns! Es scheint doch innerhalb des Gemeinderats gar kein Informationsdefizit oder Vertrauensproblem dem Forst gegenüber zu geben.*

Was aber ist mit den Bürgern, die ihre Beobachtungen, Fragen und Vorstellungen einbringen wollen? FEHLANZEIGE: Die Öffentlichkeit soll zu diesen Sitzungen noch nicht einmal Rederecht haben.

Wem soll das alles nutzen? Wofür soll diese Veranstaltung, die nebenbei bemerkt: mit hohem Arbeitszeitverlust für alle Nicht-Rentner verbunden ist, dienen????

Wenn jetzt kein Raunen durch die Menge geht, dann weiß ich wirklich auch nicht mehr.

Sowohl der Antrag der SPD, als auch die Bürgermeisterliche Idee gehen ja vollkommen am Ziel dessen, was hier adressiert werden soll und wichtig ist, vorbei. Es geht doch alleinig darum, dass wir mit der BI ins Gespräch kommen, ihre Sicht der Dinge hören wollen und dafür sorgen, dass die BI auch uns und dem Forst zuhört. Dafür wollten wir auch externe Experten einmal einladen.

Haben uns Bürgermeister, FW und SPD überhaupt zugehört? Was müssen wir tun, damit wir ihre Aufmerksamkeit erregen?

Eines werden wir sicher gewiss nicht tun, wir werden der Einladung im September nicht folgen. Zu teuer, null Gewinn!“

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Groesser

Die Schriftführerin

Stadtrat Fritsch